

Atomkraft – Nein danke!

Gegen die Laufzeitverlängerung deutscher
Atomkraftwerke

Aufruf zur Demonstration
am 18.9.2010 in Berlin

Erstunterzeichner: Ron Hoffmann
Christoph Matschie
Knut Korschewsky
Dieter Lauinger
Matthias Machnig
Anja Siegesmund
Bodo Ramelow
Uwe Höhn
Frank Weber
Dirk Adams
Armin Schild
Dr. Holger Poppenhäger

Der Atomausstieg ist eine Richtungsfrage für die ökonomische, energie- und klimapolitische Zukunft
des Landes.



Deutschland steht vor einer Richtungsfrage. Wollen wir die Zukunftschancen mit Erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz, modernster Kraftwerkstechnik nutzen – oder wollen wir zurück in die Vergangenheit mit einer Risikotechnologie?

Mit einer Laufzeitverlängerung gibt es nur Verlierer. Das Atom-Risiko erhöht sich für alle, die Erneuerbaren Energien und die in diesem Bereich beschäftigten 300.000 Menschen werden ausgebremst, künftige Generationen mit noch mehr Atommüll belastet, Investitionen in Klimaschutz und Effizienz behindert und den Stromkunden faire Wettbewerbsbedingungen vorenthalten.

Das Energiekonzept der Bundesregierung ist ein Laufzeitverlängerungskonzept im Interesse der vier großen Energieversorger Eon, RWE, Vattenfall und EnBW und bedeutet für diese Milliardengewinne. Mit Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken kündigt die Bundesregierung den gesellschaftlichen Konsens zum Atomausstieg auf. Aber gerade der Energiesektor braucht kalkulierbare, stabile und langfristige Rahmenbedingungen.

- Wir brauchen keine sogenannte Brückentechnologie, denn die Brücke in eine sichere, nachhaltige Energieversorgung existiert mit den Erneuerbaren Energien bereits. Sämtliche aktuellen Studien gehen von einer erheblichen Zunahme der Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien aus. Die Bundesregierung selbst hat zuletzt im Sommer 2010 für die Umsetzung von Art. 4 der Richtlinie 2009/28 EG einen „Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energie“ nach Brüssel gemeldet, der von einem Anteil von 38,6 % Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung im Jahr 2020 ausgeht. Der prognostizierte Zubau in der regenerativen Stromerzeugung wird bis zum Jahr 2020 die von den deutschen Atomkraftwerken produzierte Strommenge ersetzen können.
- Durch die Laufzeitverlängerung bleibt die Sicherheitsfrage ungelöst. Die deutschen AKWs entsprechen dem technischen Standard der 1980er Jahre. Er ist längst überholt. Kein einziges AKW wäre heute mehr genehmigungsfähig. Selbst das BMU sieht im Falle der Laufzeitverlängerung einen Nachrüstungsbedarf von 50 Mrd. Euro. Atomkraft ist nicht nur risikobehaftet, sondern teuer. Vorhandene Standards, wie sie im neuen kerntechnischen Regelwerk vorhanden sind, die auch unabhängig von einer Laufzeitverlängerung notwendig wären, sind nicht klar definiert oder deren Umsetzung verbindlich geregelt. Allgemeine Lippenbekenntnisse zur Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke reichen nicht aus. Die Bundesregierung orientiert sich nicht an den Sicherheitserfordernissen, sondern nur an den hohen Renditen aus abgeschriebenen Kraftwerken. So wird die Sicherheit zum Spielball von Interessen.
- Wer über die Lösung der Endlagerfrage nicht reden will, sollte über Laufzeitverlängerungen schweigen. Statt Klarheit über das weitere Verfahren für eine sichere Endlagerung hochradioaktiver atomarer Abfälle in Deutschland zu schaffen und die dafür notwendigen Sicherheitsstandards und Sicherheitsanforderungen zu benennen sowie die notwendigen Kosten und deren Finanzierung darzulegen, beschließt die Bundesregierung eine Laufzeitverlängerung, die zu mehr radioaktiven Abfällen führen wird. Eine

solche Politik ist unverantwortlich, denn sie beantwortet die zentralen Sicherheitsfragen nicht.

- Kein Klimaschutz durch Laufzeitverlängerung. Die Atomkraft trägt weltweit mit etwa zwei Prozent nur marginal zur Deckung des Endenergiebedarfs bei, selbst in Deutschland sind es nur rund sechs. Atomkraft schadet dem Klimaschutz, da sich mit jedem Jahr Laufzeitverlängerung die Investitionsbedingungen für erneuerbare Energien verschlechtern. Ergo: Mehr Atomkraft heißt weniger Erneuerbare Energie heißt weniger Klimaschutz.
- Der Ausstieg aus der Atomenergie ist nicht nur energiepolitisch, sondern auch ökonomisch von enormer Relevanz. Denn es geht um die Frage, ob das Land auf qualitatives Wachstum und Innovationsmärkte im Bereich GreenTech setzt und diesen Wachstumsprozess und Strukturwandel befördert – oder aber an einer überholten Technologie, die überholte Strukturen konserviert und von der weder Innovations- noch Beschäftigungsimpulse ausgehen, festhält. Allein im Markt für erneuerbare Energien arbeiteten im Jahr 2009 in Deutschland über 300.000 Menschen. Die Nutzung erneuerbarer Energien und die Entwicklung und Herstellung von Energieeffizienzprodukten haben auch positive Effekte in den klassischen Industrien, neben dem Maschinen- und Anlagenbau vor allem in der Elektro- und der Elektronikindustrie oder in der chemischen Industrie. Diese Entwicklung steht erst am Anfang. Notwendig sind politische Rahmenbedingungen, die diese Entwicklungen voranbringen und beschleunigen.
- Eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke würde zu einem Innovations- und Investitionsattentismus auf dem Energiemarkt führen. Investitionen in innovative Kraftwerke, die für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft dringend notwendig sind, werden verhindert. Umwelttechnologien, erneuerbare Energien und Effizienztechnologien sind die Leitmärkte der Zukunft.
- Jede Laufzeitverlängerung ohne vorherige Zustimmung der Länder verletzt darüber hinaus die vom Grundgesetz geschützte Verwaltungs- und Organisationshoheit der Länder und ist verfassungswidrig. Dies wird u.a. auch in zwei von Bundesumweltminister Röttgen beauftragten Rechtsgutachten bestätigt. Wir unterstützen den Entschluss Nordrhein-Westfalens, gegen ein Laufzeitverlängerungsgesetz, das ohne Zustimmung des Bundesrates verabschiedet werden sollte, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Es darf nicht sein, dass die Verfassung zum Spielball der Bundesregierung wird, nur weil ihr die notwendigen Mehrheiten im Bundesrat abhanden gekommen sind.

Wenn Deutschland den Atomausstieg rückgängig macht, werden Investitionen in Innovation und Technologieentwicklung behindert und das Umsteuern in ein ökologischeres Zeitalter gefährdet!

Atomkraft – Nein danke! Wir wollen Zukunft statt Vergangenheit.

Deshalb rufen wir zur Demonstration am 18. September 2010 in Berlin auf!

